

[SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/202/508
Abschrift]

Abteilung
Transport- und Nachrichtenwesen

Berlin, 7. 3 1979
56/Gü/Bck

S t e l l u n g n a h m e

zum Schreiben des Vorsitzenden der SEW, Genossen Horst Schmitt, zu politischen und arbeitsrechtlichen Problemen der Eisenbahner in Westberlin

Grundsätzlich ist festzustellen, daß in den prinzipiellen Fragen der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Eisenbahner in Westberlin zwischen den zuständigen Abteilungen des ZK der SED und unter Mitwirkung des Ministeriums für Verkehrswesen, der Politischen Verwaltung der DR und dem Zentralvorstand der IG Transport- und Nachrichtenwesen des FDGB die Linie des einheitlichen Vorgehens abgestimmt wird und die Grundlage diesbezüglicher Beschlüsse bildet.

Das betrifft in gleichem Maße die einheitliche und abgestimmte politische und gewerkschaftliche Arbeit und Einflußnahme sowie die staatliche Leitungstätigkeit gegenüber den Eisenbahnern und Dienststellen der DR in Westberlin.

Die ständige Einflußnahme und Anleitung werden gesichert durch ein spezielles Reichsbahnamt für Westberlin, einen Sektor Parteiarbeit für Westberlin bei der Polit-Abteilung der Reichsbahndirektion Berlin und durch eine Arbeitsgruppe gewerkschaftliche Arbeit bei der Bezirks-gewerkschaftsleitung Eisenbahn Berlin.

Die jahrzehntelangen positiven Erfahrungen und Ergebnisse in der politischen, gewerkschaftlichen und staatlichen Leitungstätigkeit der Deutschen Reichsbahn in Westberlin bestätigen die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit der bestehenden Leitungsform und geben deshalb keinen Anlaß, diese zu verändern.

Die Meinungsäußerungen von Westberliner Eisenbahnern hinsichtlich des Fehlens einer „Einheitlichen Argumentation zu Fragen der Eisenbahner“ betreffen deshalb nicht die tagtägliche politische Arbeit und Leitungstätigkeit, sondern in erster Linie die Probleme der Arbeitsplatzsicherungen sowie Forderungen über die Anpassung der Westberliner Eisenbahner an das lohnmäßige und soziale Niveau von Beschäftigten anderer Wirtschaftszweige in Westberlin. Diese Fragen werden in zunehmendem Maße durch den Gegner in vielfältiger Weise zur Erzeugung von Konfliktstoffen ausgenutzt, um seinen politischen Einfluß zu erhöhen und Unsicherheiten unter den Westberliner Eisenbahnern zu verbreiten.

Die Aktivitäten des Gegners werden in letzter Zeit zunehmend forciert. Sie richten sich insbesondere gegen das Wahlkampfprogramm der SEW zu den Abgeordneten[haus]wahlen in Westberlin am 18. 3. 1979, die mit bestehenden Niveauunterschieden der Eisenbahner in Westberlin zu anderen Beschäftigten der Westberliner Wirtschaft, hauptsächlich in Bezug auf Lohnfragen, konfrontiert wird.

Die Lohndiskussionen in den Westberliner Dienststellen haben an Umfang und Stärke zugenommen, vor allem deshalb, weil die Lohnerhöhungen bei den Westberliner Eisenbahnern in den letzten Jahren in einem längeren Zeitrhythmus als die in der Regel alljährlich erfolgenden Tarifneufestlegungen im Tarifikampf zwischen den westdeutschen Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden durchgeführt wurden.

Neben sachlichen Anfragen über Termine und Umfang von Maßnahmen mehren sich Direktfragen an die gewerkschaftlichen Leitungen, ob bereits verhandelt wird bzw. welche Vorschläge von der Gewerkschaft unterbreitet worden sind.

Gleichzeitig wurden in einigen Dienststellen bereits offene Mißtrauensäußerungen gegen die Gewerkschaft, die SEW, die DR sowie die DDR ausgesprochen. Die Diskussionen werden vorwiegend in Gewerkschaftsversammlungen, aber auch in Wählergesprächen der SEW sowie in persönlichen Gesprächen geführt.

Ein Teil der Parteimitglieder beteiligt sich selbst an den Lohndiskussionen bzw. weicht dem politischen Gespräch mit den Eisenbahnern aus, und es ist eine bestimmte Unsicherheit im Auftreten der Funktionäre bzw. Leiter von Dienststellen gegenüber den Kollegen erkennbar.

Unter den Beschäftigten, die bei der DR kündigen, befinden sich auch einige Mitglieder der SEW. Im Dezember 1978 und im Januar 1979 nahmen die Kündigungen von Beschäftigten zu, die direkt oder indirekt mit „unbefriedigenden Lohnverhältnissen“ begründet wurden.

Ohne Angabe von Gründen bzw. aus „finanziellen Gründen“ kündigten in beiden Monaten 45 Beschäftigte, darunter 6 Triebwagenführer der S-Bahn, 2 Triebfahrzeugführer, 7 Aufsichten, 6 Rangierer und 2 Stellwerkspersonale. Die Kündigungen werden vielfach mit Austritten aus dem FDGB verbunden.

Seit Mitte 1976 hält die Tendenz des ständigen Rückgangs der Arbeitskräfte an. So reduzierte sich die Zahl der Ist-VbE zwischen dem 1. 6. 76 und dem 31. 1. 1979 um 375.

Da die Kündigungen in zunehmendem Maße Beschäftigte des operativen Dienstes betreffen, treten in diesem Bereich erhöhte Überstundenleistungen auf.

Gegenwärtig ist es kaum möglich, neue Arbeitskräfte für diese Dienstposten zu gewinnen, weil viele Bewerber nach Kenntnis der Verdienstmöglichkeiten ihre Bewerbung zurückziehen.

Ausgehend von dieser Situation und unter Berücksichtigung der ständigen Preiserhöhungen in Westberlin wird zur Sicherung des Lebensniveaus der Westberliner Eisenbahner gegenwärtig durch den Minister für Verkehrswesen in Abstimmung mit dem Zentralvorstand der IG Transport- und Nachrichtenwesen eine Vorlage erarbeitet, die die Durchführung loohnerhöhender Maßnahmen für die Beschäftigten der DR mit Wohnsitz in Westberlin mit Wirkung vom 1. 5. 1979 zum Ziele hat.

Nach unserer Meinung sollte diese Vorlage drei Maßnahmen enthalten:

1. Die Veränderung der Gehalts- und Lohntabellen, so daß bei Anhebung des Tarifgrundgehaltes für jeden Beschäftigten eine Bruttolohnerhöhung von 100 DM monatlich erreicht wird.
2. Die Erhöhung der Lehrlingsentgelte um monatlich 30 DM.
3. Die Gewährung eines weiteren Urlaubstages je Beschäftigten ab 1980.

Diese vorgeschlagenen Maßnahmen entsprechen auch dem Inhalt des Beschlusses des Politbüros vom 14. 9. 1977 über die „Durchführung lohnpolitischer Maßnahmen für Beschäftigte des Verkehrswesens der DDR mit Wohnsitz in Westberlin“, der davon ausgeht, daß lohnpolitische Maßnahmen unter Beachtung sozialer Aspekte und unter Vermeidung von Auswirkungen auf die Durchführung des Eisenbahnbetriebes in Westberlin sowie von Konfliktsituationen innerhalb der Beschäftigten des Verkehrswesens der DDR in Westberlin durchzuführen sind.

Zur allseitigen Klärung der im Schreiben des Genossen Schmitt aufgeworfenen Probleme schlagen wir eine persönliche Aussprache zwischen ihm und dem Minister für Verkehrswesen sowie dem Leiter der Politischen Verwaltung der Deutschen Reichsbahn vor.

[Unterschrift Egemann]